

Antrag

Fraktionen CDU und SPD

Die Bundeswehrstrukturreform für Sachsen-Anhalt nachhaltig entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Bemühungen des Ministerpräsidenten zum Erhalt aller Bundeswehrstandorte in Sachsen-Anhalt und fordert die Landesregierung gleichermaßen auf, nachfolgende Landesinteressen gegenüber dem Bund nachdrücklich zu vertreten:

- Erhalt der flächenmäßigen Präsenz der Bundeswehr mit ihren Standorten und Dienststellen vor allem im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts;
- Verstärkte Einbindung der Potentiale der Reservistinnen und Reservisten bei der aufgrund veränderter Rahmenbedingungen notwendigen Neufassung der Reservistenkonzeption der Bundeswehr im Hinblick auf die Aufgabenbereiche Zivil-Militärische-Zusammenarbeit und Katastrophenschutz;
- Sicherstellung der Unterstützung ziviler Katastrophenschutzkräfte durch die Bundeswehr auf derzeitigem Niveau;
- Für den Fall, dass Standortschließungen bzw. Truppenreduzierungen unabweisbar sind: Kompensation der strukturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen durch den Bund (ggf. durch ein städtebauliches Förderprogramm).

Begründung

Die Bemühungen der Landesregierung zur Aufrechterhaltung aller Bundeswehrstandorte in Sachsen-Anhalt werden – auch vor dem Hintergrund des Landtagsbeschlusses vom 8. Oktober 2010 (Drs. 5/82/2884 B) – ausdrücklich begrüßt.

Die größte Strukturreform in der Geschichte der Bundeswehr ist insbesondere zur Verbesserung der internationalen Einsatzfähigkeit für Frieden, Freiheit und Sicherheit notwendig. Bei der Umsetzung dieser Reform soll vor allem darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr in Sachsen-Anhalt, welche auch durch zahlreiche Standorte

fest in der Gesellschaft verwurzelt ist und einen starken Rückhalt bei den Menschen genießt, in der Fläche präsent bleibt.

Im Ausfluss des Prinzips des "Bürgers in Uniform" ist es geboten, bestehende Reservistenstrukturen lebendig zu halten. Im Rahmen einer zukunftsweisenden Reservistenkonzeption muss daher darauf geachtet werden, die Potentiale engagierter Reservistinnen und Reservisten zielgerichtet zu nutzen. Belange des Katastrophenschutzes sollten hierbei Berücksichtigung finden.

André Schröder Fraktionsvorsitzender CDU Katrin Budde Fraktionsvorsitzende SPD